

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet

Internet-Adresse: www.bundesanzeiger.de

Veröffentlichungsdatum: 19. August 2013

Rubrik: Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte

Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse

Veröffentlichungspflichtiger: HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH,

Hamburg

Fondsname:

ISIN:

Auftragsnummer: 130812013312

Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192,

50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.





HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH

Hamburg

Jahresabschluss zum 31.12.2012

Bilanz zum 31.12.2012

Aktivseite

	31.12.2012		31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Nutzungsrechte und Software		121.008,00	159.000,00
II. Sachanlagen			
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		232.875,00	292.000,00
		353.883,00	451.000,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
unfertige Leistungen		0,00	1.489.000,00



	31.12.2012		31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	443.511,17		479.000,00
davon gegen Gesellschafter € 12.772,67 (Vorjahr TEUR 0)			
2. sonstige Vermögensgegenstände	4.090.187,15		3.407.000,00
davon gegen Gesellschafter € 318.158,11 (Vorjahr TEUR 4)		4.533.698,32	3.886.000,00
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		164.549,27	299.000,00
		4.698.247,59	5.674.000,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten		73.789,41	67.000,00
		5.125.920,00	6.192.000,00
Passivseite			
	31.12.2012		31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		60.000,00	60.000,00
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.129.391,00		2.036.000,00
2. Steuerrückstellungen	0,00		4.000,00
3. sonstige Rückstellungen	1.141.872,75		1.383.000,00
		3.271.263,75	3.423.000,00
C. Verbindlichkeiten			
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00		1.717.000,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 0,00 (Vorjahr TEUR 1.717)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	968.646,06		530.000,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 968.646,06 (Vorjahr TEUR 530)			



	31.12.2012		31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	649.592,27		358.000,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 649.592,27 (Vorjahr TEUR 358)			
4. sonstige Verbindlichkeiten	176.417,92		104.000,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 176.417,92 (Vorjahr TEUR 104)			
davon aus Steuern EUR 59.643,91 (Vorjahr TEUR 61)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 15.586,15 (Vorjahr TEUR 10)			
davon gegenüber Gesellschaftern EUR 59.643,91 (Vorjahr TEUR 61)			
		1.794.656,25	2.709.000,00
		5.125.920,00	6.192.000,00

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

	2012		2011
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		5.650.526,93	4.057.000,00
2. Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen (2011: Erhöhung)		-1.488.938,16	750.000,00
3. sonstige betriebliche Erträge		5.825.977,03	5.225.000,00
4. Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen		1.953.415,01	1.855.000,00
		1.953.415,01	1.855.000,00
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	3.839.592,49		4.111.000,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	790.143,10		754.000,00
davon für Altersversorgung EUR 168.369,85 (Vorjahr TEUR 152)			



	2012		2011
	EUR	EUR	EUR
		4.629.735,59	4.865.000,00
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		173.125,93	161.000,00
		173.125,93	161.000,00
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		3.041.085,60	2.985.000,00
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		23.602,04	43.000,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		166.040,00	160.000,00
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		47.765,71	49.000,00
11. Außerordentliche Aufwendungen		37.855,00	38.000,00
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (im Vorjahr Ertrag)		3.109,50	4.000,00
13. sonstige Steuern		6.801,21	7.000,00
14. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		0,00	0,00

Anhang für das Geschäftsjahr 2012

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss 2012 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Er wurde entsprechend den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages nach den Grundsätzen für große Kapitalgesellschaften gemäß § 264 ff. HGB erstellt.

Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

2. Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung

 $Die\ im\ Folgenden\ beschriebenen\ Bilanzierungs-\ und\ Bewertungsmethoden\ sind\ gegen\"{u}ber\ dem\ Vorjahr\ unverändert.$

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen, bewertet. Die Nutzungsdauer für immaterielle Vermögensgegenstände wird mit drei bzw. fünf Jahren, die der Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen drei und 13 Jahren zugrunde gelegt. Die Abschreibungen erfolgen linear und werden gemäß den geltenden Vorschriften pro rata temporis vorgenommen.



Die geringwertigen Anlagegüter mit einem Anschaffungswert ab 150,00 EUR bis zu 1.000,00 EUR (netto) werden im Rahmen von Sammelposten über fünf Jahre abgeschrieben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nominalbetrag bilanziert. Sie werden bei Uneinbringlichkeit ausgebucht. Einzelwertberichtigungen waren nicht vorzunehmen.

Die Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten lauten auf EUR und sind zum Nominalwert angesetzt.

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben abgegrenzt, die zum Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag führen.

Das Eigenkapital wird zum Nennbetrag gemäß § 272 Abs. 1 S. 2 HGB bilanziert.

Durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) sind die Bewertungs- und Bilanzierungsvorschriften von Pensionsverpflichtungen für Geschäftsjahre ab 2010 geändert worden. Zukünftig ist der notwendige Erfüllungsbetrag sowie der von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebene Diskontierungssatz maßgebend. Es erfolgt eine Verteilung auf 15 Geschäftsjahre.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgt gemäß IDW RS HFA 30 nach dem ratierlichen Anwartschaftsbarwertverfahren. Rechnungsgrundlage waren die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie ein Rechnungszins von 5,05 % zum 31.12.2012. Die Ermittlung des Guthabens erfolgte auf Basis der Gehaltsdaten zum 31.12.2012 und einem Gehalts- und Rententrend von 2 % p. a.

Die Bewertung der Rückstellung für Altersteilzeit erfolgt gemäß IDW RS HFA 3 unter Berücksichtigung der durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten Bewertungsvorschriften. Den Berechnungen wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 4,10 % entsprechend der durchschnittlichen Restlaufzeit sowie einen Einkommenstrend von 2 % p.a. zugrunde gelegt.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen und sind nach dem Betrag, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, bewertet.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Soweit kein Rückzahlungsanspruch mehr besteht, werden Sie ausgebucht.

Aktive und passive latente Steuern werden, soweit vorhanden, miteinander saldiert. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

BILANZERLÄUTERUNGEN

1. Anlagevermögen

Die Aufgliederung des Anlagevermögens im Anlagenspiegel ist aus der Anlage 1 zu entnehmen.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Gesamtbetrag EUR	Restlaufzeit unter 1 Jahr EUR	Gesamtbetrag Vorjahr EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	443.511,17	443.511,17	479.517,31



	Gesamtbetrag EUR	Restlaufzeit unter 1 Jahr EUR	Gesamtbetrag Vorjahr EUR
Sonstige Vermögensgegenstände	4.090.187,15	4.090.187,15	3.406.914,16
Summe	4.533.698,32	4.533.698,32	3.886.431,47

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegenüber Gesellschaftern von 13 TEUR enthalten.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen die Kapitalanlage bei der HGV (3.700 TEUR) sowie Anspruch auf Umsatzsteuererstattungen (317 TEUR) und Gewerbe- und Körperschaftsteuererstattungen (1 TEUR) gegenüber der FHH (Gesellschafter), Finanzamt für Großunternehmen in Hamburg, enthalten.

3. Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel beinhalten zum Stichtag 31. Dezember 2012 einen Kassenendbestand in Höhe von 2 TEUR und ein Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 163 TEUR.

4. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet im Wesentlichen gezahlte Versicherungsbeiträge.

5. Gezeichnetes Kapital

Das voll eingezahlte Stammkapital beträgt am 31. Dezember 2012 EUR 60.000,00.

Gesellschafter sind:

	31.12.2012 EUR	Vorjahr EUR
Freie und Hansestadt Hamburg	51.300,00	51.300,00
Land Schleswig-Holstein	1.800,00	1.800,00
Landkreis Harburg	600,00	600,00
Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH	1.200,00	1.200,00
Kreis Herzogtum Lauenburg	900,00	900,00
Kreis Pinneberg	900,00	900,00
Kreis Segeberg	900,00	900,00
Kreis Stormarn	900,00	900,00
Landkreis Lüneburg	900,00	900,00



	31.12.2012 EUR	Vorjahr EUR
Landkreis Stade	600,00	600,00
	60.000,00	60.000,00

6. Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen wurden mit 135 TEUR in Anspruch genommen, dem gegenüber steht eine Zuführung von 228 TEUR. Die zum 01.01.2010 nach BilMoG erforderliche Zuführung zur Rückstellung (Unterschiedsbetrag) beläuft sich auf 567.832,00 EUR. Der Unterschiedsbetrag wird auf 15 Jahre verteilt und wurde im Geschäftsjahr 2012 in Höhe von 37.855,00 EUR als außerordentlicher Aufwand erfasst.

Die sonstigen Rückstellungen (1.142 TEUR) betreffen Urlaubsrückstellungen (93 TEUR), Altersteilzeitverpflichtungen (79 TEUR), Jubiläumszuwendungen (79 TEUR), Rückstellungen für Prozessrisiken (3 TEUR), die Prüfung der Einnahmenaufteilung (17 TEUR), Prüfung der Qualitätssteuerung (14 TEUR), ausstehende Lieferantenrechnungen (29 TEUR), Aufstellungs- und Prüfungskosten für den Jahresabschluss und die Steuerberatung (25 TEUR) und Restrukturierungsrückstellungen für den Bereich Arbeitsgelegenheiten (85 T€).

7. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern entstehen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen den Vorauszahlungen der Gesellschaft im Geschäftsjahr und den auszugleichenden Aufwendungen.

8. Sonstige langfristige finanzielle Verpflichtungen

Aus Mietverträgen (Objekt Steindamm 94) entstehen für 2013 voraussichtlich Verpflichtungen in Höhe von 364 TEUR.

Der Mietvertrag, für das 11. – 13. Obergeschoss, hat eine Laufzeit von zehn Jahren mit einer Option auf weitere fünf Jahre, und ist erstmalig zum 30.11.2017 mit 11 monatiger Frist kündbar. Der Vertrag für das 1. Obergeschoss ist mit 11 Monaten zum 30.11. eines jeden Jahres kündbar.

Zum 31.12.2012 bestanden offene Aufträge mit einem Wert von 115 TEUR, die erst 2013 abgewickelt werden.

9. Fristigkeiten von Verbindlichkeiten

Die Fristigkeiten ergeben sich aus der folgenden Darstellung:

	Gesamtbetrag EUR	davon Restlaufzeit unter 1 Jahr EUR	Gesamtbetrag Vorjahr EUR
Erhaltene Anzahlungen	0,00	0,00	1.717.315,72
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	968.646,06	968.646,06	530.282,21
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	649.592,27	649.592,27	357.669,64



	Gesamtbetrag EUR	davon Restlaufzeit unter 1 Jahr EUR	Gesamtbetrag Vorjahr EUR
Sonstige Verbindlichkeiten	176.417,92	176.417,92	103.847,10
davon gegenüber Behörden d. FHH	59.643,91	59.643,91	61.358,87
davon aus Steuern	59.643,91	59.643,91	61.358,87
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	15.586,15	15.586,15	10.091,85
Summe	1.794.656,25	1.794.656,25	2.709.114,67

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Umsatzerlöse

Aufgliederung nach Tätigkeitsbereichen

	2012 EUR	Vorjahr EUR
Marktkommunikation	2.248.513,68	2.491.234,05
Verkehrserhebung	565.556,99	494.709,09
Einnahmenaufteilung (inkl. AFZS-Auswertungen)	496.768,06	488.081,33
EAV AFZS-Bus	26.840,01	3.923,00
E-Ticketing	1.544.014,94	0,00
Qualitätssteuerung Projekt	92.731,01	104.738,19
Qualitätssteuerung Vertrieb	29.536,80	29.829,56
Bereich für Arbeitsgelegenheiten	185.904,75	136.131,65
Kundendialog	156.876,80	141.456,88
Einstieg vorn	151.215,11	0,00
Verbündekooperation	27.500,00	27.500,00
Miet- u. Dienstleistung KCW GmbH	43.464,00	47.364,00
Sonstige Umsatzerlöse	81.604,78	91.643,91



	2012 EUR	Vorjahr EUR
Summe	5.650.526,93	4.056.611,66

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen Einnahmen aus Sonderaufgaben für die Verkehrsunternehmen.

2. Sonstige betriebliche Erträge

	2012 EUR	Vorjahr EUR
Erträge aus der Aufwandserstattung derGesellschafter	4.544.040,07	4.669.185,09
Erträge Bereich Arbeitsgelegenheiten	0,00	436.840,93
Erträge aus Fördermitteln	993.487,19	18.566,46
Übrige Erträge	288.449,77	100.847,38
Summe	5.825.977,03	5.225.439,86

Die übrigen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (periodenfremd; 195 TEUR), Erträge aus Weiterberechnungen und Erstattungen (85 TEUR).

3. Materialaufwand

Der Materialaufwand beinhaltet bezogene Fremdleistungen für Marketing und Werbemaßnahmen.

4. Personalaufwand

	2012 EUR	Vorjahr EUR
Löhne und Gehälter	3.839.592,49	4.111.586,77
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	790.143,10	753.717,77
Summe	4.629.735,59	4.865.304,54

5. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für Inanspruchnahme von Dienstleistungen, die Miet- und Nebenkosten, sonstige Dienstleistungen, Bürobedarf, Fortbildungskosten, Beiträge und Versicherungen und Jahresabschluss- und Buchführungskosten – davon periodenfremd (6 TEUR) –.

6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen



Der Aufwand aus der Aufzinsung von Pensions-, Jubiläums- und Altersteilzeitrückstellungen beträgt 166 TEUR.

7. Außerordentliche Aufwendungen

Der außerordentliche Aufwand des Gechäftsjahres betrifft die Anpassung der Pensionsrückstellungen im Zusammenhang mit der Einführung von BilMoG im Jahre 2010.

8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Geschäftsjahr 2012 ergeben sich latente Steuern, die aus den von den steuerlichen Grundsätzen abweichenden Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen resultieren und sich wie folgt darstellen:

	Handelsbilanz EUR	Steuerbilanz EUR	Differenz EUR	Latente Steuern (Steuersatz: 32,275) EUR
Pensionsrückstellungen	2.129.391,00	1.909.145,00	220.246,00	
Altersteilzeitrückstellungen	797.251,00	608.064,00	189.187,00	
Jubiläumsrückstellungen	78.647,00	66.130,00	12.517,00	
Summe			421.950,00	136.184,36
davon aus Vorjahren			423.905,00	136.815,34

Auf eine Aktivierung der vorstehenden aktiven Steuerlatenzen wurde in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB verzichtet.

Das handelsrechtliche Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf insgesamt 3 TEUR, eine Aktivierung von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge erfolgte nicht.

SONSTIGE ANGABEN

1. Angaben zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Der Personalbestand betrug im Jahresdurchschnitt 61 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 66) ohne Geschäftsführung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen sich im Geschäftsjahr aus 61 Angestellte bei keinen gewerblichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusammen.

${\bf 2.\ Abschluss pr\"uferhonorar}$

Aufwandswirksam wurde eine Rückstellung für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 in Höhe von 14.150,00 EUR gebildet. Die für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 gebildete Rückstellung war mit 90,24 EUR ertragswirksam aufzulösen. Weitere Leistungen wurden durch den Abschlussprüfer nicht erbracht.

3. Nicht marktübliche und wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Personen

Als marktunübliches und wesentliches Geschäft mit nahestehenden Personen ist die im Gesellschaftsvertrag festgelegte Fehlbetragsfinanzierung durch die Gesellschafter zu benennen.

Quelle: Bundesanzeiger



4. Angaben zu den Organen der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Herr Andreas Rieckhof

Staatsrat, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Vorsitzender

Herr Michael Roesberg

Landrat, Landkreis Stade

stellvertretender Vorsitzender

Herr Dietrich von Albedyll

Geschäftsführer, Hamburg Tourismus GmbH

Frau Christine Beine

Abteilungsleiterin Verkehrswege, Hafen und Schifffahrt, Handelskammer Hamburg

Herr Joachim Bordt

Landrat, Landkreis Harburg

Herr Dr. Rolf-Barnim Foth

Stabsbereichsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Herr Stefan Geisendörfer

Regierungsdirektor, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Frau Jutta Hartung

Referatsleiterin, Finanzbehörde Hamburg

Frau Jutta Hartwieg

Landrätin, Kreis Segeberg

Herr Norbert Hogreve

Stellvertretender Amtsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg



Herr Martin Huber

Amtsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Herr Gerd Krämer

Landrat, Kreis Herzogtum Lauenburg

Herr Klaus Kucinski

Ltd. Kreisbaudirektor, Kreis Stormarn

Herr Günther Meienberg

Ministerialdirigent, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein

Herr Hans-Joachim Menn

Geschäftsführer, Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachen mbH

Herr Manfred Nahrstedt

Landrat, Landkreis Lüneburg

Frau Marit Pedersen

Abteilungsleiterin, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

Herr Christian Schröder

Abteilungsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Herr Oliver Stolz

Landrat, Kreis Pinneberg

Für die Aufsichtsratssitzungen wurden im Geschäftsjahr Sitzungsgelder in Höhe von 4.130,00 EUR gezahlt.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung setzte sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

- Lutz Aigner, Dipl.-Volkswirt Sprecher der Geschäftsführung –
- Dietrich Hartmann

Die Bezüge der Geschäftsführung im Berichtsjahr stellen sich wie folgt dar:



	Erfolgsunabhä	Erfolgsabhängige Be- Erfolgsunabhängige Bezüge züge		
	Grundgehalt in TEUR	Nebenleistungen in TEUR	in TEUR	inTEUR
Aigner, Lutz	151	11	24	186
Hartmann, Dietrich	104	29	24	157
Summen	255	40	48	343

Hinsichtlich der Angaben zu den Gesamtbezügen früherer Mitglieder der Geschäftsführung wurde die Erleichterung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eine Entsprechenserklärung nach dem Hamburger Corporate Governance Kodex (HCGK) abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist als Anlage 2 beigefügt.

Hamburg, den 12. April 2013

HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH

Aigner, Geschäftsführer Hartmann, Geschäftsführer

Anlagenspiegel 2012

Stand am 01.01.2012 EUR	Anschaffungskosten EUR	Zugänge EUR	Abgänge Stand am 31.12.2012 EUR	Anschaffungskosten EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Nutzungsrechte und Software	662.311,70	32.392,56	0,00	694.704,26
II. Sachanlagen				



Stand am 01.01.2012 EUR	Anschaffungskosten EUR		Zugänge EUR	Abgänge Stand am 31.12.2012 EUR	Anschaffungskosten EUR
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	862.720,21		43.810,37	93.017,19	813.513,39
Summe	1.525.031,91		76.202,93	93.017,19	1.508.217,65
Abschreib Stand am 01.01.2012	oungen(kumuliert) Stand am 31.12.2012	Buchwert Stand am 31.12.2011	Buchwert 2012	Abschreibungen im Ge-	Abashusihumaan auf Ab
EUR	EUR	EUR	EUR	schäftsjahr EUR	Abschreibungen auf Abgänge
				•	· ·
EUR I. Immaterielle Vermö-				•	· ·
EUR I. Immaterielle Vermögensgegenstände Nutzungsrechte und Soft-	EUR	EUR	EUR	ĚUR	gänge
EUR I. Immaterielle Vermögensgegenstände Nutzungsrechte und Software	EUR	EUR	EUR	ĚUR	gänge

Entsprechenserklärung für das Geschäftsjahr 2012

Hamburger Verkehrsverbund GmbH

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Hamburger Verkehrsverbund GmbH haben im Zeitraum vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 mit einer Ausnahme alle Regelungen des Hamburger Gorparate Governance Kodex (HCGK) eingehalten, die jeweils vom Aufsichtsrat und der Geschäftsführung zu verantworten sind.

Von folgendem Punkt wurde abgewichen:



5.4.5 Falls ein Mitglied des Aufsichtsrates in einem Geschäftsjahr an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrates persönlich teilgenommen hat, so// dies im Bericht des Aufsichtsrates und in der Entsprechenserklärung zum HCGK vermerkt werden.

Ein Mitglied des Aufsichtsrats hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen im Geschäftsjahr 2012 persönlich teilgenommen.

Hamburg, den 17. April 2013

Lutz Aigner, Geschäftsführung HVV GmbH Dietrich Hartmann Andreas Rieckhof, Aufsichtsratsvorsitzender

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Allgemeine Grundlagen

Eine Fahrkarte, ein Tarif und ein abgestimmtes Verkehrsangebot, das sind die Vorteile eines Verkehrsverbundes und getreu diesem Motto arbeitet auch der Hamburger Verkehrsverbund (HVV). Zur Umsetzung dieser Aufgabe wurde die Gesellschaft Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV-GmbH) gegründet. Heute übernimmt die HVV-GmbH für drei Bundesländer, sieben Kreise, mehr als 30 Verkehrsunternehmen und rund 3,4 Mio. Einwohner das Management des gesamten Verkehrsangebotes, d. h. für alle Bus-, Fähr-, U-, S-, A- und Regionalbahnleistungen im HVV.



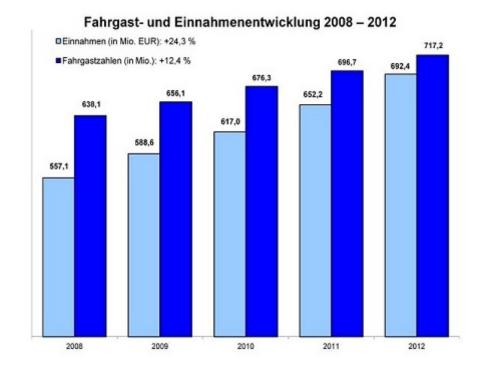


Fahrgast- und Einnahmenentwicklung des Verbundes

Aufgrund des anhaltenden Beschäftigungs- und Bevölkerungszuwachses in Hamburg sowie des ungebremsten Tourismusbooms und den Effekten des Einstiegs vorn haben sich die Nachfragekennziffern des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) auch im Jahr 2012 weiterhin positiv entwickelt.

Die Fahrgastzahl ist im abgelaufenen Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr von 696,7 Millionen auf 717,2 Millionen angestiegen. Dies bedeutet eine Steigerung um 2,9 Prozent bzw. von 20,5 Millionen Fahrgästen. Die Fahrgeldeinnahmen stiegen im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr von 652,2 Millionen Euro auf 692,4 Millionen Euro, was einer Steigerung um 6,2 Prozent bzw. von 40,2 Millionen Euro entspricht. Dabei resultieren etwa 13,0 Millionen Euro Mehreinnahmen aus der letzten Tarifanhebung vom 01.01.2012.





Die Fahrgast- und Einnahmenentwicklung resultiert im Wesentlichen aus der gestiegenen Nachfrage im Gelegenheitsverkehr sowie dem anhaltend hohen Nachfrageplus bei den Zeitkarten des Berufsverkehrs.

Nachdem die Fahrgastzahlen im Bartarif im Jahr 2011 auf Vorjahresniveau stagnierten, wurde im abgelaufenen Jahr 2012 wieder ein kräftiger Fahrgastzuwachs in Höhe von 5,7 Prozent bzw. 6,2 Millionen auf nunmehr 114,6 Millionen Fahrgästen erzielt.

Seit der zweiten Jahreshälfte 2010 verzeichnen die Allgemeinen Zeitkarten wieder eine deutlich anziehende Nachfrageentwicklung. Die Fahrgastzahl stieg im Jahr 2012 um 4,4 Millionen bzw. 2,2 Prozent auf 208,2 Millionen an. Mittlerweile bestimmt dieses Fahrkartensegment in etwa 30 Prozent der Fahrgäste und annähernd 40 Prozent der Einnahmen im HVV.

Positiv beeinflusst wurde das Fahrgast- und Einnahmenergebnis weiterhin durch die kräftig gestiegene Nachfrage bei den SemesterTickets und den Wochenkarten. Aufgrund überaus stark steigender Studentenzahlen in Hamburg wegen doppelter Abiturjahrgänge ist die Zahl der Fahrgäste mit SemesterTicktes um 3,5 Prozent bzw. 2,0 Millionen auf 60,6 Millionen gestiegen. Mit Einführung der gleitenden Wochenkarten zum 1.1.2012 ist die Fahrgastzahl in 2012 um über 108 Prozent bzw. 1,8 Millionen auf 3,4 Millionen angestiegen.

1.2. Organisatorische Struktur



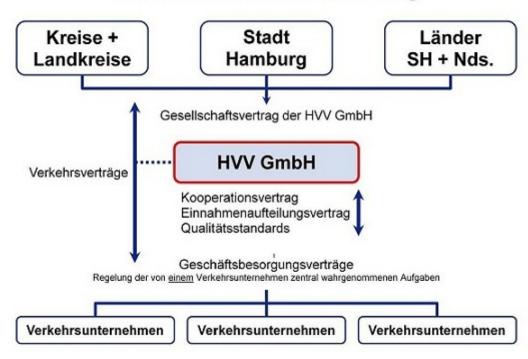
Die HVV-GmbH ist in ein drei Ebenen-Model eingebunden. In dieser Aufgabenteilung wird von der politischen Ebene die Aufgabenträger- und Bestellerfunktion für den ÖPNV wahrgenommen. In deren Auftrag übt die HVV-GmbH Regie- und Managementfunktionen aus. Die Verkehrsunternehmen sind für die Erstellung der Leistung verantwortlich. Ihre Arbeit wird im Hinblick auf ein integriertes, für die Kundinnen und Kunden leicht zugängliches Angebot vom HVV koordiniert.



Die verantwortlichen Gebietskörperschaften (Aufgabenträger), als Gesellschafter der HVV-GmbH, finanzieren den entstehenden Aufwand der HVV-GmbH in Form eines Fehlbetrags-ausgleichs. Im Rahmen des jährlich erstellten Wirtschaftsplanes werden dem Aufsichtsrat die Aufgabenschwerpunkte zur Genehmigung vorgelegt. Im Aufsichtsrat der HVV-GmbH wird nicht nur die Gesellschaft kontrolliert, sondern es werden auch die wesentlichen Entwicklungen der Nahverkehrspolitik im HVV-Gebiet diskutiert.

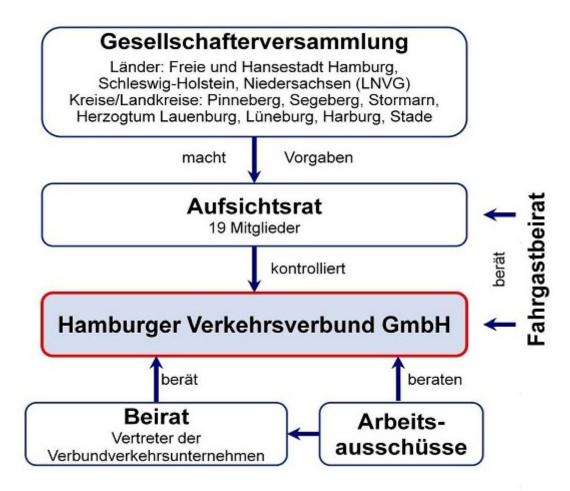


Öffentlich-rechtliche Vereinbarung



Als Plattform zur Erfüllung der umfangreichen Koordinations-, Führungs- und Steuerungsaufgaben im Verbund stehen im Wesentlichen Gremien, wie die Aufgabenträgerversammlung und der Unternehmensbeirat mit den angeschlossenen Arbeitskreisen sowie der Fahrgastbeirat der HVV-GmbH zur Verfügung. In überregionalen Gremien vertritt die Gesellschaft die Interessen der Aufgabenträger des ÖPNV im Verbundgebiet.





Ferner werden von der HVV-GmbH verbundübergreifende operative Leistungen erbracht, die von den beteiligten Verbundverkehrsunternehmen (VVU) getragen werden.

Zentrale Verbundaufgaben der HVV-GmbH (ZVH):

- Verkehrserhebung

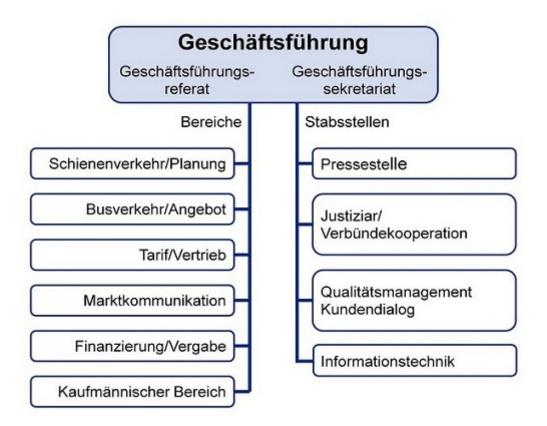


- Einnahmenaufteilung
- Kundendialog
- Marktkommunikation
- E-Ticketing
- Einstieg vorn
- Qualitätssteuerung

Entsprechend dem Gesellschaftsvertrag besteht die Geschäftsführung aus zwei Personen, die die Gesellschaft gemeinsam vertreten. Eine Geschäftsanweisung regelt die Zusammenarbeit in der Geschäftsführung.

Das Unternehmen untergliedert sich in folgende Bereiche und Stabsstellen:





1.3. Personal

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die HVV-GmbH ohne Berücksichtigung von geringfügig Beschäftigten und Aushilfen 63 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 68).

Der Personalbestand weist zum **Stichtag 31.12.2012** insgesamt 62,0 Beschäftigte (inkl. Geschäftsführung) aus. Der für das Geschäftsjahr 2012 bestehende Stellenplan umfasst 41,5 Planstellen. 21,0 Mitarbeiter waren drittfinanziert (ZVH, Elternzeit, Altersteilzeit etc.). Die Anzahl der genehmigten Planstellen wurde für das Geschäftsjahr somit nicht überschritten.

Die Zahl der angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, durch 22 Teilzeitkräfte (hiervon 16 weiblich) bedingt, nicht mit der Anzahl der Stellen identisch.

Außerdem waren 18 Studierende (hiervon 9 weiblich) für Zählungen und Befragungen am 31.12.2012 beschäftigt, die im Rahmen der ZVH-Aufgaben finanziert wurden.



Personelle Kapazität

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
vollzeitbeschäftigt:			
weiblich	12,0	15,0	-3,0
männlich	37,0	43,0	-6,0
teilzeitbeschäftigt:			
weiblich	9,3	7,3	+2,0
männlich	3,7	1,6	+2,1
Gesamt	62,0	66,9	-4,9

Altersteilzeit

Zum 31.12.2012 befanden sich 3 Beschäftigte in der aktiven und 1 Beschäftigter in der passiven Phase der Altersteilzeit.

Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter betrug zum Stichtag 31.12.2012 8,21 % (5,42 Personen). Die gesetzliche Pflichtquote lag für die Gesellschaft bei 3,42 Personen.

Elternzeit

Am Jahresende befanden sich 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit.

Aus- und Weiterbildung

Am Bilanzstichtag bestand ein Ausbildungsverhältnis mit dem Ausbildungsziel "Kauffrau für Marketingkommunikation". Ferner konnte die HVV-GmbH auch 2012 eine FÖJ-Stelle (Freiwilliges Ökologisches Jahr) anbieten und besetzen.

Bereich Arbeitsgelegenheiten (A)

Nachdem die HVV-GmbH bei der Vergabe der Maßnahmen für Arbeitsgelegenheiten ab 2012 nicht mehr berücksichtigt wurde, hat die Geschäftsleitung im Dezember 2011 die Auflösung des Bereiches (A) beschlossen. Für die fest angestellten Arbeitnehmer/-innen konnten im Berichtsjahr einvernehmliche Regelungen gefunden und umgesetzt werden.

Arbeitnehmervertretung

Die Belegschaft wird durch einen Betriebsrat vertreten. Es besteht eine ungekündigte Betriebsvereinbarung, die in Anlehnung an den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der deutschen Länder die linearen Gehaltsanhebungen übernimmt.

2. Ablauf des Geschäftsjahres



Das Geschäftsjahr 2012 verlief in dem von der Geschäftsführung geplanten Rahmen.

Neben der Wahrnehmung der Basisaufgaben der Gesellschaft sind im Berichtsjahr insbesondere folgende Aktivitäten zu nennen:

Das Pilotprojekt E-Ticketing wurde mit der aktualisierten Positionierung im Testgebiet mit zahlreichen unterstützenden Maßnahmen weiter forciert. Die unter anderem mit Fördermittel unterstützte Entwicklungsphase wurde abgeschlossen und die Etats mit den beteiligten Institutionen abgerechnet.

Der im Test erfolgreich verlaufende "Einstieg vorn" wurde im gesamten Gebiet des Verkehrsverbundes verbindlich eingeführt. Umfangreiche Maßnahmen unterstützten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verkehrsunternehmen und informierten die Fahrgäste während der Einführungsphase.

Das alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betreffende Thema "Demografischer Wandel" wurde weiter bearbeitet, speziell unter Berücksichtigung von Einflüssen auf Entscheidungen bezüglich der Mobilität im ÖPNV. Die zukünftige zentrale Verbundaufgabe "Mobilitätsberatung für Senioren" wurde konzeptionell, organisatorisch und personell eingerichtet und zum Jahreswechsel dem zukünftig verantwortlichen Verkehrsunternehmen übergeben.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit waren vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der öffentlichen Hand die Anpassungen von Verkehrsleistungen, das Thema Wettbewerb im ÖPNV und SPNV sowie die Durchführung und Begleitung von Ausschreibungen, insbesondere die der S-Bahn Hamburg.

Sofern mit den Rahmenbedingungen der Gesellschaft vereinbar, wurden Erträge von Dritten erwirtschaftet. Der geplante Fehlbetragsausgleich wurde im Geschäftsjahr um 10,7 % unterschritten und liegt 2,6 % unter dem Wert des vorangegangenen Jahres.

Nachfolgende Aufstellungen geben einen zusammenfassenden Überblick über die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft jeweils zum Vorjahresergebnis.

2.1. Ertragslage

Zur Darstellung der Ertragslage dient die folgende auf der Grundlage der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erstellte und nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederte Ergebnisrechnung:

	2012	2012 201			Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse/Zuschüsse	5.651	57,7	4.057	40,5	1.594
Bestandsveränderung unfertige Leistungen	-1.489	-15,2	751	7,5	-2.240
Erstattung der Gesellschafter	4.544	46,4	4.669	46,7	-125
Erträge aus Arbeitsgelegenheiten	0	0,0	437	4,4	-437
Sonstige betriebliche Erträge	1.083	11,1	89	0,9	994
Betriebsleistung	9.789	100,0	10.003	100,0	-214



	2012	2011			Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Materialaufwand	-1.954	-20,0	-1.855	-18,5	-99
Personalaufwand	-4.630	-47,3	-4.865	-48,6	235
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	-173	-1,7	-161	-1,6	-12
Übrige Betriebsaufwendungen	-3.035	-31,0	-2.977	-29,8	-58
Gewinnunabhängige Steuern	-7	-0,1	-6	-0,1	-1
Aufwendungen für die Betriebsleistung	-9.799	-100,1	-9.864	-98,6	65
Betriebsergebnis	-10	-0,1	139	1,4	-149
Zinsergebnis	-142	-1,5	-117	-1,2	-25
Ordentliches Unternehmensergebnis	-152	-1,6	22	-0,2	-174
Außerordentliches Ergebnis	-38	-0,4	-38	-0,4	0
Periodenfremdes Ergebnis	193	2,0	20	0,2	173
Ergebnis vor Ertragssteuern	3	0,0	4	0,0	-1
Ertragssteuern	-3	0,0	-4	0,0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbe- trag	0	0,0	0	0,0	0

Der Anstieg der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung der erhaltenen Anzahlungen für die Aktivitäten zum E-Ticketing. Ferner wurde erstmalig die ZVH "Einstieg vorn" abgerechnet. Die Erlöse der Marktkommunikation der Vergleichsperiode waren geprägt von der Auflösung von erhaltenen Anzahlungen für das Projekt HandyTicket und fallen somit im Berichtsjahr geringer aus.

Unter den sonstigen Umsatzerlösen wurden im Geschäftsjahr verschiedene weiterbelastete Sonderaufgaben für Verkehrsunternehmen ausgewiesen.

Im Einzelnen setzen sich die Umsatzerlöse von Dritten wie folgt zusammen:



	2012 TEUR	2011 TEUR
Marktkommunikation	2.248	2.491
Verkehrserhebung	566	495
Einnahmenaufteilung (incl. AFZS - Auswertungen)	524	492
E-Ticketing	1.544	0
Qualitätssteuerung Projekt	93	105
Qualitätssteuerung Vertrieb	29	30
Arbeitsgelegenheiten in Abwicklung	186	136
Kundendialog	157	141
Einstieg vorn	151	0
Sonstige Umsatzerlöse	82	92
Miet- und Dienstleistungsverträge mit der KCW GmbH, Berlin	43	47
Kostenerstattungen Verbündekooperation	28	28
	5.651	4.057

Unter Bestandsveränderung en an unfertige n Leistungen werden die Bewegungen für die jetzt abgeschlossenen Aktivitäten aus dem Projekt E-Ticketing ausgewiesen.

Der handelsrechtliche Aufwandsüberschuss der Gesellschaft wird durch die gesellschaftsvertraglich festgelegte **Erstattung der Gesellschafter** gedeckt. Der Fehlbetragsausgleich wird zur Deckung von 45,4 % des Gesamtaufwandes des Unternehmens benötigt.

Bereich	Aufwand TEUR	Ertrag TEUR	Ausgleichsbetrag TEUR
Regie	4.973	351	4.622
Marktkommunikation	2.263	2.263	0
Verkehrserhebung	576	576	0
Arbeitsgelegenheiten in Abwicklung	260	338	-78
Einnahmenaufteilung	541	541	0
Qualitätssteuerung	30	30	0



Bereich	Aufwand TEUR	Ertrag TEUR	Ausgleichsbetrag TEUR
E-Ticketing	1.060	1.060	0
Kundendialog	156	156	0
Einstieg vorn	152	152	0
Gesamt	10.011	5.467	4.544
zuzüglich 19 % USt			863
Gesamt Erstattung der Gesellschafter			5.407

Die Beschäftigungsmaßnahmen im Bereich Arbeitsgelegenheiten wurden zum Ende 2011 eingestellt, somit wurden keine Erträge aus Arbeitsgelegenheiten mehr erzielt.

Im Berichtsjahr wurden deutlich mehr sonstige betriebliche Erträge erzielt. Dies ist im Wesentlichen auf Erlöse auszuweisender Fördermittel für das Projekt E-Ticketing zurückzuführen.

Der **Materialaufwand** beinhaltet überwiegend den an die VVU weiterbelasteten Aufwand für Marketing und Werbemaßnahmen. Hauptsächlich entfällt dieser auf die Basiskampagnen (853 TEUR), die Produktkampagne Hamburg (247 TEUR), die Produktkampagne im Umland (219 TEUR), auf Maßnahmen zur Kundenbindung (204 TEUR) sowie Neue Medien und Internet (132 TEUR).

Die Veränderungen im **Personalaufwand** sind im Wesentlichen begründet in Rückstellungen des Vorjahres im Rahmen der Auflösung des Bereiches Arbeitsgelegenheiten, sowie der aus der Auflösung resultierende geringere Personalbestand im Berichtsjahr.

Die **übrige** n **Betriebsaufwendungen** enthalten unter anderem Büromieten, Kosten für Fremdarbeiten, EDV- und Softwarewartung, Bürobedarf und Drucksachen, sowie weitere übliche Verwaltungskosten. Die Steigerung gegenüber der Vorperiode ist im Wesentlichen auf die umfangreicheren Tätigkeiten im Rahmen der ZVH zurückzuführen. Dem gegenüber stehen geringere Aufwendungen aus dem Betrieb des Bereiches Arbeitsgelegenheiten.

Unter der Position **Zinsergebnis** werden nicht nur Zinsen und ähnliche Erträge (24 TEUR) ausgewiesen, sondern auch Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit Rückstellungsverpflichtungen (166 TEUR).

Zusätzliche Aufwendungen für Pensionsrückstellungen aus der Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) führen zu einem Außerordentlichen Ergebnis . Es wurde von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht, die erforderliche Zuführung auf 15 Jahre zu verteilen.

Das **periodenfremde Ergebnis** beruht auf Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (195 TEUR) hiervon hauptsächlich im Zusammenhang mit der Abwicklung des Bereiches Arbeitsgelegenheiten, sonstigen Erträgen (3 TEUR) sowie Aufwendungen (6 TEUR).

Ein Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag ist, gesellschaftsvertraglich bedingt, grundsätzlich ausgeschlossen.

2.2. Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

Quelle: Bundesanzeiger



	2012 TEUR	2011 TEUR
Periodenergebnis (vor Fehlbetragsausgleich der Gesellschafter)	-4.544	- 4.669
Abschreibung (+) auf Gegenstände des Anlagevermögens	173	161
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0
Abnahme (-)/Zunahme (+) der langfristigen Rückstellungen	157	160
Abnahme (-)/Zunahme (+) der sonstigen Rückstellungen	-309	305
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind	1.135	-489
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind	-914	-15
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-4.302	- 4.547
Einzahlungen (+) aus Verkauf Anlagevermögen	0	0
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Anlagevermögen	-76	-210
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-76	-210
Ertragswirksame Erstattungen der Gesellschafter	4.544	4.669
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	4.544	4.669
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	166	-88
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.699	3.787
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	3.865	3.699

Im Geschäftsjahr 2012 war die Zahlungsfähigkeit jederzeit gegeben.

Die flüssigen Mittel des Finanzmittelfonds sind bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) als Tagesgelder angelegt (3.700 TEUR), Bestandteil der Geschäftskonten bei der HSH Nordbank AG, Hamburg, (163 TEUR) sowie der Kasse (2 TEUR).

2.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht zur Vermögenslage sind die einzelnen Posten der Bilanz nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst. Die Guthaben bei der HGV sind den flüssigen Mitteln zugeordnet.



	31.12.2012		31.12.	31.12.2011	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	121	2,4	159	2,6	-38
Sachanlagen	233	4,5	292	4,7	-59
Anlagevermögen	354	6,9	451	7,3	-97
Vorräte	0	0,0	1.489	24,0	-1.489
Liefer- und Leistungsforderungen	443	8,6	480	7,8	-37
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	464	9,1	73	1,2	391
Flüssige Mittel	3.865	75,4	3.699	59,7	166
Umlaufvermögen	4.772	93,1	5.741	92,7	-969
Gesamtvermögen	5.126	100,0	6.192	100,0	-1.066
Gezeichnetes Kapital	60	1,2	60	1,0	0
Eigenkapital	60	1,2	60	1,0	0
Pensionsrückstellungen	2.129	41,5	2.036	32,9	93
Altersteilzeitrückstellungen	797	15,6	738	11,9	59
Jubiläumsrückstellungen	79	1,5	74	1,2	5
Längerfristiges Fremdkapital	3.005	58,6	2.848	46,0	157
Steuerrückstellungen	0	0,0	4	0,1	-4
Übrige Rückstellungen	266	5,2	571	9,2	-305
Erhaltene Anzahlungen	0	0,0	1.717	27,7	-1.717
Liefer- und Leistungsverbind- lichkeiten	969	18,9	530	8,5	439



	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	650	12,7	358	5,8	292
Übrige Verbindlichkeiten	176	3,4	104	1,7	72
Kurzfristiges Fremdkapital	2.061	40,2	3.284	53,0	-1.223
Fremdkapital	5.066	98,8	6.132	99,0	-1.066
Gesamtkapital	5.126	100,0	6.192	100,0	-1.066

Die Investitionen in **immateriellen Vermögensgegenstände** entsprechen im Berichtsjahr der Hälfte des Abschreibungswertes. Im Wesentlichen wurden Ergänzungen zur Software im Fahrgastinformationssystem und im Haltestelleninformationssystem vorgenommen sowie verschiedene Softwareerweiterungen und Serverbetriebssysteme angeschafft.

Die Entwicklung der **Sachanlagen** ist das Ergebnis der Investitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung und der planmäßigen Abschreibung. Das Unternehmen verfügt neben 4 Personenwagen sowie den üblichen Betriebs- und Geschäftsausstattungen eines Bürounternehmens über kein weiteres Anlagevermögen.

Die in den Vorräte n der Vergleichsperiode dargestellten unfertigen Leistungen des Projektes E-Ticketing wurden im Berichtsjahr abgerechnet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultieren im Wesentlichen aus der Jahresendabrechnung der im Geschäftsjahr durch die Gesellschaft erbrachten und gesondert gegenüber den VVU abgerechneten Leistungen im Zuge der Verkehrserhebung, Einnahmenaufteilung, Kundendialog, Marktkommunikation, E-Ticketing, Qualitätssteuerung, "Einstieg vorn" und Abwicklung des Bereiches Arbeitsgelegenheiten.

Die Position sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet hauptsächlich Steuererstattungsansprüche (Umsatzsteuererstattung 317 TEUR).

Die flüssigen Mittel setzen sich aus Kassenbeständen, Guthaben bei Kreditinstituten und bei der HGV angelegtem Tagesgeld zusammen.

Die Eigenkapitalquote liegt bei 1,2 % bei einer Verminderung der Bilanzsumme um 17,2 %. Durch die gesellschaftsvertraglich vereinbarte Verlustausgleichsverpflichtung sowie adäquate unterjährige Abschläge auf die endgültige Ausgleichsverpflichtung, ist die geringe Kapitalausstattungsquote zu rechtfertigen.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber einem Geschäftsführer sowie für drei weitere Personen im Ruhestand bedingen die **Pensionsrückstellungen**, im Berichtsjahr wurden 135 TEUR in Anspruch genommen, dem gegenüber steht eine Zuführung von 228 TEUR. Den kumulierten Verpflichtungen für Pensionszusagen steht das Betriebsvermögen im Wesentlichen in Form der Anlage bei der HGV gegenüber.

Die **Rückstellung für Altersteilzeit** verpflichtungen veränderte sich im Geschäftsjahr durch Zuführung von 184 TEUR und Inanspruchnahme von 125 TEUR um 59 TEUR gegenüber der Vergleichsperiode.

Die **übrigen Rückstellungen** enthalten im Wesentlichen Verpflichtungen für nicht genommene Urlaubstage der Mitarbeiter/-innen (93 TEUR), Rückstellungen für Abwicklung des Bereiches Arbeitsgelegenheiten (85 TEUR), ausstehende Lieferantenrechnungen (29 TEUR), Prüfungskosten des Jahresabschlusses und die Steuerberatung der GmbH (25 TEUR), Prüfungskosten der Einnahmenaufteilung (17 TEUR), Prüfungskosten der Qualitätssteuerung (14 TEUR) sowie Prozessrisiken (3 TEUR).



Die Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten ergeben sich aus Leistungsabrechnungen des laufenden Geschäfts.

Die in den erhaltenen Anzahlungen der Vergleichsperiode dargestellten Werte betrafen laufende Maßnahmen für das Projekt E-Ticketing und wurden im Berichtsjahr abgerechnet.

Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern entstehen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Vorauszahlungen der Gesellschafter im Geschäftsjahr gemäß der Planung und den der HVV-GmbH auszugleichenden Aufwendungen nach Feststellung des Jahresergebnisses. Die Planunterschreitung resultiert im Wesentlichen aus Minderaufwendungen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Zuge der Abwicklung des Bereiches Arbeitsgelegenheiten, für Fremdleistungen sowie geringere Aufwendungen im Personalbereich.

Die übrigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Steuern und Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit.

Insgesamt ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HVV-GmbH geordnet.

3. Umweltbericht

Der aktive Schutz unserer Umwelt wird als ganzheitliche Aufgabe der Unternehmensführung sowie als Bestandteil der Unternehmenskultur gelebt.

Die HVV-GmbH handelt, soweit es im Rahmen eines Bürobetriebes möglich ist, ökologisch (Einsatz von Öko-Strom; Umweltpapier) und fair (Einsatz von fair gehandelten Verbrauchsmaterialien). Diese Selbstverpflichtung besteht auch außerhalb von öffentlichen Kampagnen wie der "Fairtrade-Stadt" Hamburg. Ferner fördert die HVV-GmbH im Sinne eines innerbetrieblichen Mobilitätsmanagements gezielt die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Durch die Bereitstellung eines Großkundenabonnements (ProfiCard) legen die Mitarbeitenden das Gros dienstlicher Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück. Ebenso wird die Nutzung des Fahrrades unterstützt, in dem am Dienstort u.a. witterungsgeschützte, abschließbare Abstellanlagen sowie Umkleide- und Duschmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Auch eine kleine Flotte von Falträdern wird bereitgehalten.

Die Stellung des HVV als der wesentliche Partner im Umweltverbund in der Region Hamburg wird durch eine Vielzahl von Aktivitäten der Verbundgesellschaft gefördert.

Dazu zählen zum einen längerfristig ausgerichtete Arbeitsschwerpunkte, wie die Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. 2012 hat der HVV gemeinsam mit seinen Partnern wichtige konzeptionelle Weichenstellungen in Richtung Mobilitätsverbund vorgenommen. Kunden stehen damit künftig noch besser abgestimmte Mobilitätsdienstleistungen durch eine systematische räumliche Verknüpfung der Verkehrsmittel ("Mobilitätsservicepunkte"), umfassende Mobilitätsinformationen (intermodale Mobilitätsplattform und Apps) sowie neue tarifliche Angebote ("Abo plus") zur Verfügung.

Zum anderen unterstützt der HVV die Stadt Hamburg anlassbezogen in umweltbezogenen Fragen. In diesem Zuge hat sich der HVV 2012 unter anderem in die fachliche Diskussion und inhaltliche Ausgestaltung der Lärmaktionsplanung und der Luftreinhalteplanung eingebracht.

4. Kundenbericht

4.1. Kundendialog

Der Kundendialog der HVV-GmbH war auch 2012 wieder ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Fahrgast, den betreibenden Verbundverkehrsunternehmen des HVV und den Aufgabenträgern. Da der Fahrgast den Kontakt gerne über einen zentralen Ansprechpartner sucht, liefen eine Vielzahl der rund 32.300 Kritiken, Anregungen und Verbesserungsvorschläge über das Kontaktformular der zentralen Homepage des Verbundes auf und wurden dann an die jeweils verantwortlichen Partner weitergeleitet. In dem dichten Netzwerk gibt es mittlerweile zwischen allen beteiligten Unternehmen kurze Wege und schnelle Kommunikation im Sinne des Fahrgastes. Dennoch wird auch weiterhin an der Verbesserung der Kommunikation gearbeitet. Der sukzessive Ausbau der Datenbank für das Beschwerdemanagement wird auch zukünftig dabei helfen Ressourcen zu bündeln und ein effektiveres Arbeiten ermöglichen. Im Zuge dieser Entwicklungen ist für 2013 die Neugestaltung des Kontaktformulars vorgesehen.



4.2. HVV-Garantie

Im Januar 2011 hat der HVV eine umfassende Pünktlichkeitsgarantie für seine Fahrgäste etabliert. Diese HVV-Garantie besagt, dass ein Fahrgast, der aufgrund von Verspätungen oder Fahrtausfällen mehr als 20 Minuten zu spät an seinem Ziel ankommt, Anspruch auf eine Entschädigung in Höhe von mindestens 50 % des Fahrpreises hat. Die Garantie gilt unabhängig davon welche Ursache die Verspätung oder der Fahrtausfall hat.

Insgesamt hat es im Jahr 2012 44.529 Anträge gegeben mit einer beantragten Entschädigungssumme von rund 62 TEUR. Der Verlauf der Antragstellung zeigt, dass die Fahrgäste sensibel auf einzelne Vorkommnisse reagieren, besonders im regionalen Eisenbahnverkehr im Umland mit geringerer Taktfolge. Das Antragsniveau für das zurückliegende Jahr liegt insgesamt noch unter dem des Vorjahres, das deutlich von längeren Streikperioden im Eisenbahnverkehr geprägt war. Dies ist letztlich auch ein Beleg für das insgesamt gute Pünktlichkeitsniveau der HVV-Verkehrsmittel, was auch durch die Kundenzufriedenheitsbefragungen bestätigt wird.

Der Bekanntheitsgrad der HVV-Garantie ist laut der Imageanalyse 2012 mit einem Wert von fast 50 % sehr gut und auch die Bewertung dieser Maßnahme liegt mit einem Wert von 2,3 auf einer Sechserskala auf sehr gutem Niveau.

Aufbauend auf den Erfahrungen der Vergangenheit wird die Garantie weiter entwickelt. Im vergangen Jahr wurde das Antragsformular für die Kunden verbessert, in einem nächsten Schritt soll das Formular mit der persönlichen "Mein-HVV"-Seite verknüpft werden.

5. Nachtragsbericht

Der geschaffene Bereich "Seniorenbetreuung" konnte vereinbarungsgemäß zum Jahreswechsel organisatorisch, wirtschaftlich und personell an das zukünftig verantwortliche Verbund-Verkehrs-Unternehmen übergeben werden.

Die Verträge über die Finanzierung des neuen Arbeitsbereiches "Haltestellenumfeld" mit den beteiligten Behörden konnten geschlossen werden. Nach erfolgreicher Personalakquisition wird die Abteilung Ihre Arbeit aufnehmen.

6. Risikobericht

Zur Sicherung der Existenz des Unternehmens ist ein vorausblickendes und wirkungsvolles Risikomanagement ein wichtiger Bestandteil der Unternehmensführung. Sämtliche Risiken müssen von der Geschäftsleitung überschau- und kontrollierbar sein. Risiken werden infolgedessen in die unterjährige Vorausschau, die Mittelfristplanung und die Strategiegespräche einbezogen. Hierzu identifizieren und bewerten regelmäßig alle Bereiche ihre eventuellen Risiken, die zu einem regelmäßigen Risikobericht zusammengefasst und dem Management vorgetragen werden.

Im Bericht der Geschäftsführung zur wirtschaftlichen Lage wird der Aufsichtsrat zu allen ordentlichen Sitzungen über den Stand der Risikoanalyse informiert.

Bestandsgefährdende Risiken, die die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigen können, sind aktuell nicht erkennbar.

Die Finanzierung des Unternehmens erfolgt durch die verantwortlichen Gebietskörperschaften als Gesellschafter und durch die Berechnung von Leistungen für Dritte.

Die Gesellschaft hält Personal in ordentlichen Beschäftigungsverhältnissen zur Wahrnehmung von Aufgaben für Dritte vor. Fallen diese drittfinanzierten Tätigkeiten weg, ist die Mitarbeiterzahl entsprechend anzupassen. Aus zeitlichen und gegebenenfalls sozialen Aspekten könnte dies zu einer unplanmäßigen Belastung des Etats führen.

Die liquiden Mittel der Gesellschaft werden in Form von Tagesgeldern bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH angelegt. Die Gesellschafter, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung sind sich darüber einig, dass die Anlage bei einem Unternehmen der öffentlichen Hand mit nur geringem Risiko behaftet ist.

Quelle: Bundesanzeiger



Der gesellschaftsvertragliche Rahmen lässt keinen Handlungsspielraum zur Wahrnehmung von Chancen in Bezug auf eine Gewinnerreichung zu.

Neben den direkten monetären Risiken stehen zunehmend auch virtuelle Risiken im Fokus. So sind intensive und nachhaltige Anstrengungen in Bezug auf Datensicherung und Datensicherheit ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmensführung, um Gefahren vom Unternehmen abzuwenden und der Verantwortung allen Beteiligten gegenüber gerecht zu werden.

7. Prognosebericht

Neben der Erfüllung der Basisaufgaben sind für das Unternehmen als Schwerpunkte für das Jahr 2013 zu nennen:

- die Forcierung der Entwicklung von multimodaler Mobilität;
- die Beteiligung an einer verbundweiten Datenplattform zur Echtzeit Fahrgastinformation;
- die vorbereitenden Arbeiten zur verbundweiten Einführung des E-Ticketing;
- die besondere Berücksichtigung der Auswirkungen des demografischen Wandels auf den ÖPNV und Anschub weiterer operativer Maßnahmen;
- die weitere Unterstützung der Ausschreibung von S-Bahn-Leistungen;
- die konzeptionelle Umgestaltung und Verbesserung des Bussystems;
- die Nutzung der IBA als Plattform für eine begleitende Fachtagung mit Fokussierung auf den ÖPNV im urbanen Raum.

Aktuelle gesellschaftliche, politische oder wirtschaftliche Ereignisse können weitere ungeplante Aufgaben und Anforderungen der Aufgabenträger begründen.

Der Rahmen der Gesellschaft wird planerisch für die Folgejahre als unverändert unterstellt. Für das Jahr 2013 ist ein Ergebnisausgleich von 6.263 TEUR brutto durch die Gesellschafter vorgesehen. Vor diesem Hintergrund geht die Gesellschaft in der mittelfristigen Planung unter Einbeziehung aller ergebnisrelevanten Faktoren, von einer jährlichen Steigerung des Ergebnisausgleiches von durchschnittlich 2,25 % aus.

Hamburg, den 12. April 2013

HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH

Lutz Aigner, Geschäftsführer Dietrich Hartmann, Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht

Quelle: Bundesanzeiger



nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 16. April 2013

Rölfs RP AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. C.-M. Allmendinger, Wirtschaftsprüfer

A. Ochs, Wirtschaftsprüfer